



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

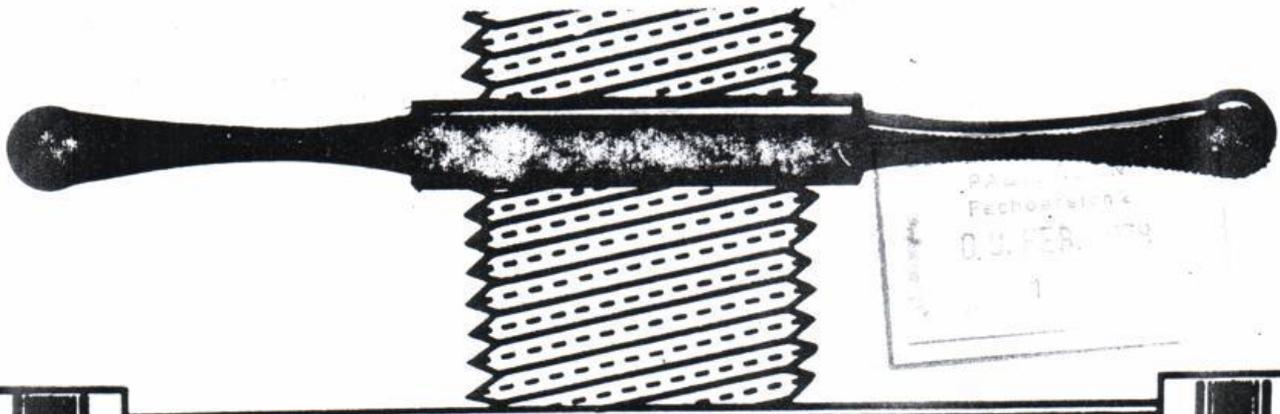
GH-press

Gesamthochschule Paderborn

Paderborn, 1976, Nr. 0; 1977, Nov. + Extra; 1978, Jan./Feb

Jan./Febr. 78

urn:nbn:de:hbz:466:1-8475



Paderborn
Fachhochschule
0.1. FEB. 1978
1

GH PRESS



Jan. / Febr. 78

STUDIENREFORM
 DUSTEINREFORM
 MODERSTUNRETF
 UNSDEFORMIERT
 DEINESTURFORM
 INDUESTREFORM

NORMISTFREUDE
 ORDNESTURMIEP
 REDEUNIFORMST
 FORMENIEDURST
 FORMSTUDIEREN
 FUNDIERTMORIS

ROSTEFREMDUNI
 DEINMUFRROSTE
 STORNIEREDUMF
 MONDIRRESTUFE
 DIESEFORMTNUR
 RRI STEUNFORM

MUTFORDERNSIE
 DEINRUFSTROEM
 DROENEMISTRUF
 RUEDEMISTFRON
 UNDMISEREFORT
 MISTFORDERNEU

DUENISTREFORM
 MINGOSTERPREU
 DEINRESTFORUM
 DOERTTFEINMUS
 IDEENFORTRUMS
 OMINDERFRUSTE

NURMEIDEEROST

ZEITUNG DER GH PADERBORN

Impressum :

Herausgeber :

Presse- und Informationsstelle
der Gesamthochschule Paderborn

Redaktion, cartoons :

Dietmar Ulbricht

Redaktionsanschrift :

Warburger Str. 100

479 Paderborn

05251/ 602562-3

Auflagenhöhe 2500

Hausdruckerei

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Eckhardt Meyer-Krentler,

Dr. phil., Wiss.Ass. :

Anagramme

Wolfgang Brandes,

Dipl.-Volksw., Wiss.Ass.,

Bernd Hendl,

Dipl.-Phys., WHK

Eckardt Meyer-Krentler,

Dr. phil., Wiss.Ass. :

Logik der mageren Jahre

Walter Tenfelde,

GEW

:

Studieren in Paderborn

Zur Novellierung des Hochschulrechts in Nordrhein-Westfalen

Die Novellierung des Hochschulrechts in Nordrhein-Westfalen soll sich in drei Schritten vollziehen. Der erste Schritt ist das Gesetz zur Einführung der verfaßten Studentenschaft für alle Hochschulen, das bereits im Düsseldorfer Landtag eingebracht ist. Der zweite Schritt ist die Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit den Universitäten des Landes, eine Art Vorschaltgesetz. Dieser Referentenentwurf liegt zur Zeit Hochschulen und Verbänden zur Stellungnahme vor. Der dritte und sicher schwierigste Schritt ist die Novellierung des Landeshochschulgesetzes.

In diesem Referentenentwurf, der 205 Paragraphen umfaßt, geht es um die Anpassung des nordrhein-westfälischen Hochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz des Bundes und um die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, zum Beispiel in Fragen der Mehrheiten in den Gremien der Universität. Mit der Novelle zum Hochschulgesetz werden in Nordrhein-Westfalen das Hochschulgesetz von 1970, das Gesamthochschulentwicklungsgesetz von 1972 und das Gesetz über die Errichtung der Fernuniversität von 1974 abgelöst.

Die Streitpunkte werden sicherlich sehr unterschiedlich aussehen. Die Studenten werden vor allem die Fragen der Regelstudienzeiten, die Fragen des Hausrechts und des Ordnungsrechts in der Hochschule diskutieren. Die Lehrenden werden sich vermutlich stärker mit den Fragen der Mehrheitsfindung in der Hochschule, mit der Frage der Autonomie, der Freiheit von Forschung und

Lehre und der Kontrolle durch den Staat befassen. Da dies alles komplexe Fragen sind, sollen jetzt zunächst die Hochschulen und alle in den Hochschulen vertretenen Gruppen das Wort haben. Bis Mitte Februar 1978 haben alle die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu diesem Referentenentwurf dem Wissenschaftsministerium zuzuleiten. Im Ministerium werden dann diese Stellungnahmen verarbeitet. Erst danach wird ein Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt, der dann dem Landtag zur Beratung zugeht. Der Landtag selber wird erneut Anhörungen zum Gesetzentwurf durchführen.

Wissenschaftsminister Johannes Rau hofft, daß während dieser langen Beratungszeit ein Sachgespräch in Gang kommt und daß bei einem konstruktiven Dialog jede Gruppe von jeder Gruppe lernen kann, der Minister von den Hochschulen und umgekehrt.

AUSZUG ...

**Aus dem Ministerium
für Wissenschaft
und Forschung
des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Studium—Studienreform— Regelstudienzeit

Die Neuordnung von Studium und Prüfung ist ein Kernstück der Hochschulreform. Bereits wesentlich früher als in anderen Bundesländern — im Jahre 1974 — hat Nordrhein-Westfalen mit der Errichtung von Studienreformkommissionen begonnen. Zur Zeit arbeiten fünf Kommissionen. Auf ihren Ergebnissen kann aufgebaut werden. Der Referentenentwurf gibt materielle Grundsätze und Verfahrensregelungen vor, die innerhalb fester Fristen zur inhaltlichen Neugestaltung des Studiums führen sollen. Der Entwurf geht davon aus,

daß die immer drängender werdende Studienreform zwar in erster Linie Aufgabe der Hochschulen ist, aber auch in die Mitverantwortung des Staats fällt, der die Interessen der Allgemeinheit in den Entscheidungsprozeß einzubringen hat. Schwerpunkte der staatlichen Mitverantwortung sind unter anderem die Gewährleistung der Gleichwertigkeit und Anerkennung einander entsprechender Hochschulabschlüsse sowie die Sicherstellung der Möglichkeit des Hochschulwechsels.

Um die Ziele der Studienreform verwirklichen zu können, ist eine überregionale und fachübergreifende Zusammenfassung und Koordination der gemeinsamen Aufgabe notwendig. Als organisatorisches Mittel dafür ist die Bildung von Studienreformkommissionen vorgesehen. Der Entwurf regelt dabei im wesentlichen nur die Arbeit der Landesstudienreformkommissionen, da Vorschriften über die länderübergreifenden Studienreformkommissionen erst in einer Verwaltungsvereinbarung der Länder getroffen werden müssen.

Die Neuregelung für die Landesstudienreformkommissionen löst im wesentlichen die geltenden Vorschriften über die Studienreformkommissionen in den Paragraphen 2 bis 6 und 36 des Gesamthochschulentwicklungsgesetzes (GHEG) ab (§§ 100 – 107). Dabei wird das bisher geltende Recht nur insoweit geändert, als es durch das Hochschulrahmengesetz geboten oder durch Erfahrungen oder neue Einsichten notwendig ist.

Die Hochschulen können zur Erprobung von Reformmodellen für die Studienreformerarbeit besondere Studien- und Prüfungsordnungen erlassen, die zeitlich befristet neben bestehende Ordnungen treten (§ 101).

Damit die Landesstudienreformkommissionen die Reformaufträge in einem angemessenen Zeitraum erfüllen können, bestimmt der Referentenentwurf folgende Festlegungen:

- Sie werden nur für einen bestimmten Auftrag berufen, den sie innerhalb einer festgesetzten Frist abzuwickeln haben (§ 102 Abs. 2);
- die zu erarbeitenden Empfehlungen beschränken sich – mit Ausnahme der Regelstudienzeiten – auf Grundsätze (§ 103). Dadurch bleibt den Hochschulen ein ausreichender Spielraum für eigene Innovationen und die Bildung von zusätzlichen unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die Vertreter der Hochschulen haben in den Kommissionen bei Empfehlungen für Studiengänge, die mit einer Hochschulprüfung abgeschlossen werden, die Mehrheit der Stimmen. Bei den Studiengängen, die mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen werden, müssen die Vertreter von staatlichen Stellen nach Paragraph 10 Abs. 3 HRG über mehr als die Hälfte aller Stimmen verfügen (§ 104 Abs. 2).

Die Empfehlungen der Landesstudienreformkommissionen können vom Minister für Wissenschaft und Forschung entsprechend der bisherigen Regelung (§ 4 GHEG) für verbindlich erklärt werden. Neu geregelt ist, daß der Minister für Wissenschaft und Forschung auch die Erprobung von Modellversuchen von den Hochschulen verlangen kann (§ 107).

Die im HRG vorgesehenen Regelstudienzeiten werden in Nordrhein-Westfalen erst dann eingeführt, wenn reformierte Studien- und Prüfungsordnungen vorliegen, die es dem Studenten auch tatsächlich ermöglichen, in der vorgesehenen Frist das Studium erfolgreich zu beenden. In dem Gesetzentwurf wird der enge Zusammenhang von Studienreform und Regelstudienzeit hergestellt. Deshalb ist in dem Entwurf ein zweistufiges Verfahren vorgesehen (§ 191). Die Hochschulen werden verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes Bestimmungen über die Fristen für die Meldung zur Prüfung aufzunehmen, die so festgelegt sind, daß die Abschlußprüfung innerhalb der Zeit abgelegt sein kann, die in den drei Jahren vor Inkrafttreten des Gesetzes die Absolventen durchschnittlich bis zum Abschluß der Prüfung benötigt haben. Diese Fristen gelten erstmals für die Studenten, die ihr Studium im Sommersemester 1978 beginnen. Kein Student, der im Augenblick bereits studiert, wird von der Regelstudienzeit betroffen.

Erst wenn reformierte Studien- und Prüfungsordnungen vorliegen, soll in einer zweiten Phase eine fächerspezifische Regelstudienzeit mit entsprechenden Prüfungsfristen nach Maßgabe des HRG festgesetzt werden. Diese dann festgesetzte Regelstudienzeit wird erstmals für die Studenten gelten, die ihr Studium nach Inkrafttreten reformierter Studien- und Prüfungsordnungen beginnen. Das bedeutet somit: Erst wenn die Studiengänge reformiert sind, sollen die Hochschulen in ihren Prüfungsordnungen Regelstudienzeiten vorsehen. Die daran anknüpfenden Prüfungsfristen sind so zu bemessen, daß die Abschlußprüfung grundsätzlich innerhalb der Regelstudienzeit, spätestens aber sechs Monate nach ihrem Ablauf abgenommen wird (§ 121 Abs. 3).

Überschreitet ein Student die Meldefrist, wird er von der zuständigen Stelle aufgefordert, sich zur Prüfung zu melden. Jeder Kandidat hat einen Rechtsanspruch darauf, daß ihm ohne Angabe

von Gründen eine Nachfrist eingeräumt wird, die je nach Antrag bis auf sechs Monate nach Erhalt der Aufforderung, sich zur Prüfung zu melden, festgesetzt wird (§ 122). Meldet sich ein Student nach der Aufforderung nicht zur Prüfung oder hält er eine Nachfrist nicht ein, so erlöschen die Rechte aus der Einschreibung. Damit jedoch keine sozialen Härten auftreten, können die mit der Einschreibung verbundenen sozialen Vergünstigungen für ein weiteres Jahr belassen werden. Die Abschlußprüfung können Studenten auch dann noch ablegen, wenn die Regelstudienzeit verstrichen ist. Der Entwurf sieht keinen automatischen Verlust des Prüfungsanspruchs vor.

Fristen für die Meldung zur Prüfung, die nicht an der durchschnittlichen Studiendauer, sondern an der neuen festgesetzten Regelstudienzeit anknüpfen, gelten also erstmals für Studenten, die

ihr Studium nach Inkrafttreten der Prüfungsordnung und bei Vorliegen einer reformierten Studienordnung beginnen. Auf diese Weise wird in dem Entwurf sichergestellt, daß die Studenten Studienbedingungen vorfinden, die es ihnen auch tatsächlich ermöglichen, ihr Studium in der vorgesehenen Zeit zu beenden.

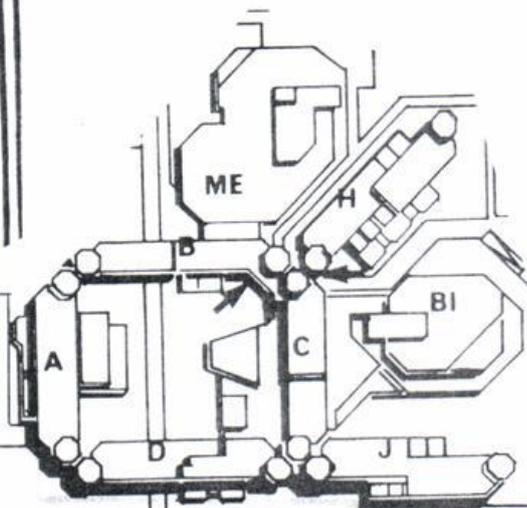
Weiterbildung

Der Referentenentwurf verpflichtet die Hochschulen, Möglichkeiten eines weiterbildenden Studiums zu entwickeln. Das Lehrangebot im weiterbildenden Studium soll sowohl Fachwissen unter Berücksichtigung der aus der beruflichen Praxis

entstandenen Bedürfnisse der Teilnehmer erweitern, als auch berufspraktische Erfahrungen für die Lehre nutzbar machen. Es kann auch als Fernstudium oder in einem Verbund von Direkt- und Fernstudium angeboten werden. In gegenseitiger Abstimmung können die Hochschulen mit Zustimmung des Ministers für Wissenschaft und Forschung fachliche Schwerpunkte für Bereiche des weiterbildenden Studiums an einzelnen Hochschulen bilden. Bei der Weiterbildung arbeiten die Hochschulen mit Einrichtungen der Weiterbildung außerhalb des Hochschulbereichs zusammen und beteiligen sich an deren Veranstaltungen.

... AUS EINEM SONDERHEFT DES MWF. AUF 19 SEITEN
GIBT ES ERLÄUTERUNGEN ZU DEN KOMPLEXEN

- NOVELLIERUNG STUDENTENWERKSGESETZ
- PH - VORSCHALTGESETZ
- NOVELLIERUNG HOCHSCHULGESETZ



In der Pressestelle, Warburger Straße 100, ist noch ein schmales Kontingent der Sonderinformationen aus dem MWF vorrätig.
Abruf über 60-2562 oder 60-2563
oder einfach vorbeischauchen in
B 2 332, B 2 336!

ROSTEFREMDUNI
DEINMUFROSTE
STORNIEREDUMF
MONDIRRESTUFE
DIESEFORMTNUR
DREISTEUNFORM
MUTFORDERNSIE
DEINRUFSTROEM
DROENEMISTRUF
RUEDEMISTFRON
UNDMISEREFORT
MISTFORDERNEU
NURMEIDEFROST

STUDIENREFORM
DUSTEINREFORM
MODERSTUNREIF
UNSDEFORMIERT
DEINESTURFORM
INDUESTREFORM
NORMISTFREUDE
ORDNESTURMIEF
REDEUNIFORMST
FORMENIEDURST
FORMSTUDIEREN
FUNDIERTMORES
DUENISTREFORM
MINOSTERFREUD
DEINRESTFORUM
DOERRTFEINMUS
IDEENFORTRUMS
OMINDERFRUSTE



LOGIK DER MAGEREN JAHRE

Zur Gleichsetzung von Wirtschaft und Hochschule im Bereich
der Beschäftigungspolitik

I

Johannes Rau: "DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI" (in: analysen, März 1977).

Zu Zeiten ist man spontan geneigt, solchen Äußerungen wie dieser des nordrheinwestfälischen Wissenschaftsministers ganz allgemein zuzustimmen, auch wenn sie nicht der allgemeinen Wirtschaftslage gelten, sondern der Hochschulentwicklung. Die alttestamentarische Metaphorik scheint, sofern sie überhaupt wahrgenommen wird, bedeutungsvoll höchstens für die Individualität des Sprechers und macht sich immer gut. Es läßt sich aber mehr heraushören: Deutlich schwingt etwas von Notwendigkeit, von schicksalhafter Fügung mit, mit der nun die 'mageren Jahre' uns alle heimsuchen - und Johannes Rau und wir alle haben uns darauf einzurichten. Das eigentliche Denkmuster, das Minister Rau - und nicht nur er - an die hochschulpolitische Entwicklung anlegt, offenbart sich aber erst ganz in der Metapher "Hochkonjunktur", mit der die 'fetten Jahre' anders umschrieben werden: Privatwirtschaftliche Vorstellungen werden von den verantwortlichen Bildungspolitikern immer wieder in aller Selbstverständlichkeit zur Grundlage ihrer Argumentation gemacht. Auch im Hochschulbereich, so wird mehr oder weniger stillschweigend nahegelegt, habe man es mit unvermeidbaren zyklischen Auf- und Abbewegungen zu tun; es gebe globale 'Sachzwänge', denen sich die politischen Entscheidungen anzupassen haben. Der Bildungspolitiker als Handlanger der geschichtlichen Notwendigkeiten kann somit für seine Entscheidungen in den 'mageren Jahren' kaum belangt werden.

S 7

Stimmt diese 'selbstverständliche' Analogie zwischen Privatwirtschaft und Hochschule? Dann wäre, um im Bild zu bleiben, zu fragen, welche Hochschulen und welche Hochschulangehörigen in den "fetten Jahren" 'fette Gewinne' gemacht haben? In welchem Maß haben etwa Studenten von übervollen Lehrveranstaltungen 'profitiert'? Wie war und wie ist das mit dem 'höheren Profit' des landauf landab überlasteten Hochschulpersonals, wie ist das mit dem 'Profit' z.B. derjenigen, die unter großem persönlichem Einsatz die Gesamthochschulen in den "fetten Jahren" und danach aufgebaut und zu einem beachtlichen Funktionieren gebracht haben? Hier soll nicht aufgerechnet oder müßig über unangemessene Metaphern räsonniert, sondern ein fragwürdiges Denkmuster überprüft werden. Wenn dies am Beispiel der privaten und staatlichen Beschäftigungspolitik geschieht, so deshalb, weil in diesem Kernbereich einerseits derartige Argumentationen am häufigsten anzutreffen sind und andererseits die Folgen, die daraus entstanden und - etwa im derzeitigen Entwurf eines Landeshochschulgesetzes - zu entstehenden im Begriffe sind, Forschung und Lehre am entschiedensten treffen.

II

Neuere Forschungen zur Funktionsweise von Arbeitsmärkten in Volkswirtschaften wie der Bundesrepublik Deutschland haben insbesondere für den Bereich industrieller Großbetriebe ein beschäftigungspolitisches Muster theoretisch begründet und empirisch nachgewiesen, wie es im folgenden umrißhaft skizziert wird.

Bei gegebenem zyklischen Wirtschaftsverlauf und bei einzelwirtschaftlichem Interesse, eine angemessene Kapitalrentabilität zu erzielen, ist es angesichts der institutionellen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zweckrational, ihre Beschäftigten in eine Stamm- und Randbelegschaft zu spalten. Der Stammebelegschaft fällt die Aufgabe zu, die Operationsfähigkeit des Betriebes ständig aufrechtzuhalten, während die Randbelegschaft das Anpassungspotential an Produkt- Nachfrageschwankungen und damit an unterschiedliche Kapazitätsauslastung darstellt.

S 23 geht's weiter



Leach-in

3.2. C1 10h

Zum Thema: Studienreform

Über Studienreform kann man reden, man kann sie zerreden, man kann Argumente einbringen - oder sich selbst aus dem Geschäft bringen durch herzhaftes Zuwarten oder Ohnemicheln. 'Von nix kommt nix', spricht der weise Volksmund, mit Sicherheit keine genehmen Änderungen der kommenden Hochschulgesetze im Lande. Und die Gesetze kommen - noch können Argumente für die Diskussion in Düsseldorf eingebracht werden! Am Freitag, den 3.2., ist Gelegenheit dazu, ganztätig. Das teach - in, wer's betulicher mag: das Kolloquium, ist u. a. an folgenden Themen festgemacht:

- Instrumentarium der Studienreform
- Rolle der FHS-Studiengänge und ihre Integration in die Gesamthochschule
- Öffnung der Hochschulen und ihre Konsequenzen für Hochschulausbildung und Arbeitsmarkt
- Hochschulautonomie und Studienreform nach dem Referentenentwurf
- Erfahrungen und Perspektiven integrierter Studiengänge
- Professionalisierung und Flexibilisierung der Lehrerausbildung

Zum genauen Ablauf der Veranstaltung gibt es aktuelle Plakate. Übrigens, als Gäste diskutieren mit:

Dr. Brüggemann (MdL)
Dr. Confurius (GH Duisburg)
K. Hase (LAV)
Dr. Huber (I.Z.H.)
H. W. Justi (Siemens AG)
Dr. Köbler
Dr. Küchenhoff (MWuF)
Dr. Kürpick (Benteler Werke AG)
R. Roericht (MdL)
Dr. Schlösser (VDI)
R. Trinius (MdL)
Dr. Wegmann (Rektor d. FH Bielefeld)

Studieren in Paderborn

- Ergebnisse einer hochschuldidaktischen Aktionsveranstaltung -

Im Rahmen einer Konkurrenzveranstaltung während der Streik- tage beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe (Veranstalter GEW) mit der Fragestellung, wie sich Lehren und Lernen an der GH aus studentischer Sicht darstellt. Kernprobleme der Diskussion waren:

- zu wenig Berufsbezogenheit im Studium
- verschulte Veranstaltungen
- fragwürdige Studien- und Prüfungsordnungen

Der Bezug zur aktuellen hochschulpolitischen Situation ergab sich in dieser Veranstaltung insbesondere hinsichtlich des geplanten Regelstudiums.

Es ist zu befürchten, daß das Regelstudium und die dadurch bedingte verkürzte Studiendauer eine weitere Verschulung von Lehren und Lernen nach sich zieht:

- ein fächerübergreifendes, problemorientiertes Studium wird dann noch mehr erschwert oder sogar ganz verhindert,
- zeitaufwendige, aber lernfördernde Veranstaltungsformen (z.B. Projekte) werden wahrscheinlich noch seltener als bisher angeboten,
- die Semesterwochenstundenzahl wird weiter steigen.

Bereits die derzeitige hochschuldidaktische Situation gibt genügend Anlaß zu Gesprächen und Klagen, die meist allerdings außerhalb von Lehrveranstaltungen auf Fluren und in der Cafeteria geführt werden. Dies wird zumindest ansatzweise in den folgenden Beiträgen dokumentiert, in denen Studenten spontan Situationen aus ihrem Hochschulalltag aufgeschrieben haben.

o Diskussion unerwünscht

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Dozenten in keiner Weise bereit sind, in Seminaren Diskussionen aufkommen zu lassen. Kritik, die entsteht, wird im Keim erstickt, da der Dozent derartige Dinge nur in seiner Sprechstunde bespricht. Lehrinhalte dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die ganze Situation wird auch dadurch erschwert, daß die Teilnehmerzahl oft sehr hoch ist, und daß das Stoffgebiet zu weitreichend ist.
Der Stoff wird auch rein wissenschaftlich ohne didaktische Aspekte vermittelt.

(FB 3)

o Wozu Grundstudium, wenn dessen Inhalte im Hauptstudium wieder verworfen werden?

Mir fiel auf, daß im Grundstudium gelehrt Theorien für das Hauptstudium nicht relevant sind und sogar verworfen werden. Die Intention für die Einführung des Grundstudiums (Heranführung an wissenschaftliches Arbeiten) ist gar nicht mehr vorhanden. Es wird vielmehr dazu benutzt, genauso weiterzufahren, wie an Gymnasien und Fachoberschulen. Evtl. Veranstaltungen in Wissenschaftstheorie und Technik des wissenschaftlichen Arbeitens verpuffen dadurch. Daher begriff ich die Theorien nicht, ich paukte sie mir nur ein.

Mein Brückenkurs läuft fast haargenau nach einem speziellen Buch ab. Die Unlust des Dozenten überträgt sich auf die Studenten.

(FB 5)

o Berufswunsch: Schmal Spurlehrer?

Ein großes Problem, das sich für mich in meinem Studium stellt, ist, daß ich mich nicht fähig fühle, später Lehrer zu sein. Ich erhalte eine Schmalspurausbildung, in der ich pflichtgemäß lt. Studien- bzw. Prüfungsordnung gewisse Sachgebiete abgedeckt haben muß. Die Anzahl dieser einzelnen Studienelemente ist so hoch, daß ein tieferes Eindringen in ein spezielles Thema kaum ermöglicht wird. So weiß ich von vielen Dingen ein wenig, der Hintergrund aber fehlt.
Außerdem fragt sich, ob die Studieninhalte der späteren Praxis angepaßt sind. Ein weiteres Negativum ist die Art und Weise der Durchführung der Seminare, die stark an schulische Veranstaltungen erinnert. Es gibt kein selbständiges Arbeiten, kaum Diskussionen, Rezipientenverhalten herrscht vor.

(FB 3)

o Sprachbarrieren: Bei wem?

Bei uns im Fachbereich gibt es zwei Pflichtveranstaltungen, in der mindestens 60 % aller Anwesenden nicht verstehen, was der Dozent will. Auf Fragen einiger Studenten, ob die Art, wie er seine Veranstaltungen durchführt, geändert werden könnte, damit ein größerer Teil überhaupt weiß, worum es überhaupt geht, antwortete der Dozent, er würde seine Veranstaltungen so weiter durchführen. Er sei es nicht gewohnt, auf so niedrigem Niveau zu reden und die Studenten müßten sich seinem Niveau anpassen.

(FB 17)

o Grad der Wissenschaftlichkeit = Anzahl der Semesterwochenstunden

Unsere Professoren sind der Ansicht, daß eine Mindestsemesterwochenstundenzahl von 30 Stunden für Dipl.-Chemiker gerade die untere Grenze darstelle. Begründung: An anderen richtigen wissenschaftlichen Hochschulen ist eine solche hohe Stundenbelastung ebenfalls üblich.

Von den Professoren wird gleichgesetzt: Hohe Semesterwochenstundenzahl = hohe Wissensvermittlung = hohes wissenschaftliches Niveau.

Gerade im Fach Chemie würde es sich anbieten, die Inhalte zu veranschaulichen (Versuche, Filme, Folien). Aber nur wenige Professoren machen sich diese Mühe.

Zu Anfang des Semesters werden Referate vergeben, die vor allem die Aufgabe haben, den einzelnen Studenten zu qualifizieren. Er bekommt eine Zensur (z.B. 1,7) für das Referat. Wie verständlich das Referat für die anderen war, wird nicht beachtet.

(FB 13)

o Und läuft, und läuft, und läuft

Dienstag: 8.00 Uhr

"Guten Morgen" ist das erste und einzige Wort, das nicht zum Stoff der Vorlesung gehört, danach wird der Overhead-Projektor eingeschaltet und unter langsamem Drehen eines Hebels erscheint eine durchsichtige Folie, die mit verschiedenen Farbstiften bemalt, einigen Kommentaren versehen, wieder auf der anderen Seite wieder verschwindet. Nach vielleicht einer Zwischenfrage endet die Vorlesung um 9.00 Uhr.

(FB 6)

Donnerstag: 10.00 Uhr

Das Niederdrücken der Türklinke ist die einzige nichtfachliche Artikulation. Danach wird in der einen Hand ein Stück Kreide, in der anderen Hand ein Schwamm wechselseitig die linke und rechte Tafelseite kommentarlos vollgeschrieben und wieder ausgewischt. Zwischenfragen fehlen ganz.

(FB 17)

o Die Qual der Wahl

- Ich stehe vor dem Problem, daß in meinem Prüfungsfach nur 3 Professoren prüfungsberechtigt sind. Einer davon wird von vielen Studenten nicht akzeptiert, einen anderen halte ich für unfähig, Lehrstoffe zu vermitteln. Also bleibt mir keine Wahl.

Die Prüfungsordnung für Dipl.-Pädagogik kann frei vom Dozenten interpretiert werden, dadurch wird der Student direkt vom Dozenten abhängig.

Außerdem frage ich mich, aus welchem Grund ein Professor vor einem leeren Hörsaal aus eigenen Büchern doziert.

(FB 2)

o Deutscher Englischunterricht !

Die Veranstaltungen sollten durch Vorlesungskommentare, etwa wie im FB 5, näher erläutert werden, um die Entscheidung für eine bestimmte Lehrveranstaltung zu erleichtern.

(FB 1)

Erziehungswissenschaftliche Theorien werden ohne Bezug zur Praxis vermittelt.

(FB 2)

Ich habe das Gefühl, daß ich während meines Studiums viel von meinem Englisch verlerne, weil fast alle Veranstaltungen in Deutsch abgehalten werden. Darüberhinaus erinnern sie mich sehr an Schule.

(FB 3)

Diese Auflistung von mehr oder weniger alltäglichen Problemsituationen, die keinerlei Anspruch auf Repräsentativität oder Allgemeingültigkeit erhebt, kann nur ein allererster Schritt auf dem Wege zum Abbau hochschuldidaktischer Defizite sein.

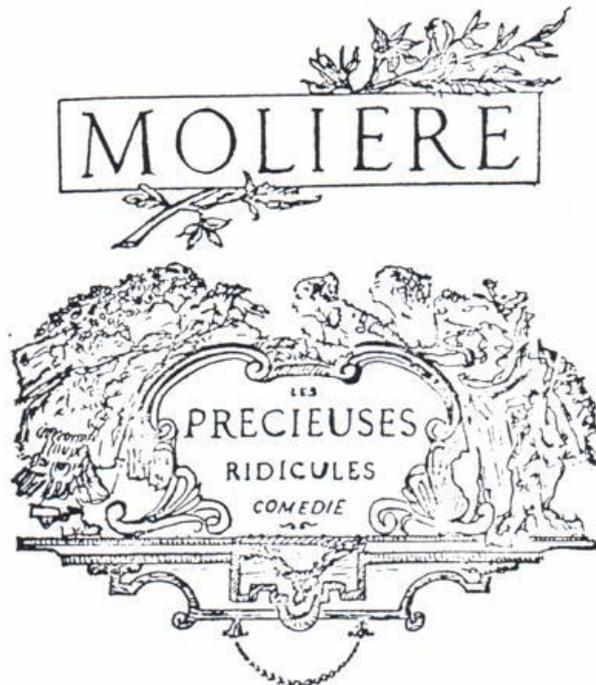
Wünschenswert wäre ein gemeinsames Nachdenken von Hochschullehrern, Mittelbauangehörigen und Studenten über hochschuldidaktische Innovationen!

Unser Arbeitskreis möchte sich deshalb gemeinsam mit allen interessierten Hochschullehrern, Mittelbauangehörigen und Studenten weiterhin mit dieser Thematik befassen und lädt zur nächsten hochschuldidaktischen Diskussionsrunde ein.

Termin: Montag, der 13.2.1978
19.00Uhr
in der GH
voraussichtl. C 3.203

Walter Tenfelde
GEW-Hochschulgruppe

FRANZÖSISCHER THEATERKREIS
der
GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN



Inszenierung: Ph. H. Ledru

PREMIERE: am 1.2.1978 ^{15.2.78} jeweils um 20 Uhr

Studiobühne - Warburgerstr. 100

MUTTERS STULLEN SIND DIE BESTEN

Das neue Jahr bringt nicht nur gute Vorsätze und schöne Aussichten, sondern auch weniger Geld für Dienstreisende. Cordon bleu adieu - Mutters Stullen werden wieder zu Ehren kommen. Wer seinen neuen Tageskurs genau wissen will: in korrektem Amtsdeutsch aktuelles zum Gesetz- und Verordnungsblatt NW - Nr. 60 vom 23.12.1977.



Das Landesreisekostengesetz ist mit Wirkung vom 1.1.1978 in einigen Punkten geändert worden. Nachfolgend gebe ich Ihnen die wichtigsten Änderungen bekannt:

§ 9 Abs. 3 Satz 1 (Teiltagegeld)

Für eine Dienstreise, die keinen vollen Kalendertag beansprucht, oder für den Tage des Antritts und den Tag der Beendigung einer mehrtägigen Diestreise beträgt das Tagegeld bei einer Dauer der Dienstreise

von mehr als 6 - 8 Stunden 0,3 des vollen Satzes,
von mehr als 8 - 12 Stunden 0,5 des vollen Satzes,
von mehr als 12 Stunden den vollen Satz.

§ 12 (Kürzung des Tage- u. Übernachtungsgeldes)

Erhält der Dienstreisende seines Amtes wegen unentgeltlich Verpflegung, so wird das Tagegeld (§ 9) für das Frühstück um 20 v. H., für das Mittag- und Abendessen um je 35 v.H. des jeweiligen vollen Satzes gekürzt.

Von einem Teiltagegeld (§ 9 Abs. 3) sind dem Dienstreisenden mindestens 10 v. H. zu belassen.

Erhält der Dienstreisende seines Amtes wegen unentgeltlich Unterkunft oder werden die Auslagen für das Benutzen von Schlafwagen erstattet, wird kein Übernachtungsgeld (§ 10) gewährt.

51 16

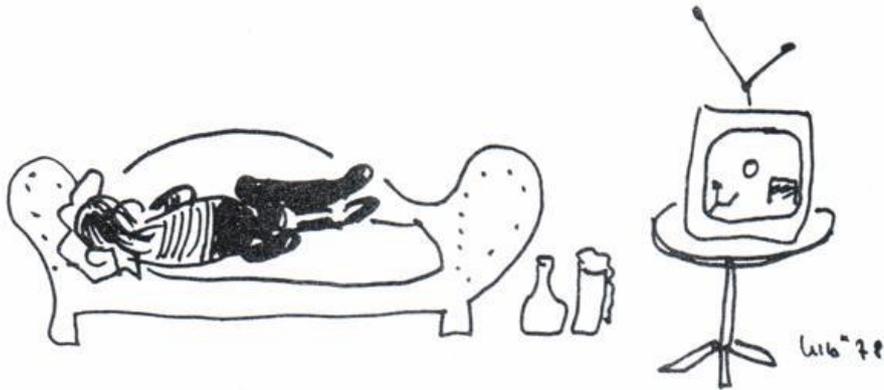
Personalia

Name, Vorname	Amtsbezeichnung	FB
Dr. Borgmann, Friedhelm	Fachhochschull. auf Probe	2
Dr. Dörmeier, Stefan	Akad. Rat	14
Dr. Leßner, Gerhard	Wiss.Assistent	6
Dr. Lübbe, Fritz	Wiss.Assistent	13
Dr. Lückel, Joachim	o. Prof.	14
Dr. Pasierbsky, Fritz	o.Prof.	3
Dr. Stachowiak, Herbert	o. Prof.	1
Dr. Steeb, Willi Hans	Wiss. Assistent	6



Einstell.Datum bisheriger Arbeitgeber

1. 2.1978	RP Arnsberg (Stud.Rat z.A.)
1. 1.1978	• TH Aachen
1. 1.1978	Universität Konstanz
2. 1.1978	Uni. Münster (bis 30.9.77)
1. 1.1978	Daimler-Benz AG, Stuttgart
voraussichtl. 1. 2.1978	FU Berlin
1. 1.1978	FEoLL
1. 1.1978	Universität Kiel



Kulturszene * '78

Neues und Bewährtes im neuen Gewande steuert die Gesamthochschule der Paderborner Kulturszene heuer bei. Aus der Taufe gehoben wird eine neue Reihe, "Das Hochschulkonzert". Zur Premiere wird zugleich in festlichem Rahmen ein fürstliches Geschenk eingeweiht: ein Konzertflügel, gestiftet von der Fördergesellschaft Gesamthochschule Paderborn e. V. Fest verankert im paderstädtischen Kulturleben ist die Studiobühne der GH, gleichwohl setzt sie sich neu in Szene. Mit einer kompletten Eröffnungswoche präsentiert sich das neue Theater im Hause. Damit ist auch wieder Friede hinter den Kulissen, mutmaßten doch der eine oder andere Hochschullehrer hinter dem emsigen Klopfen und Hobeln perfide Übergriffe wider die eigenen Lehrveranstaltungen. Die Bauarbeiten haben ein Ende, Vorhang auf und toi, toi, toi !!

* übrigens: "Szene" ist das Wort des Jahres



Das Hochschulkonzert

läßt sich gut an. Premierenkarten zum 1.2. sind zum Redaktionsschluß von GH-PRESS bereits rar. Der "größte" Hörsaal des Hauses könnte wieder einmal zu klein sein. Fürsorglich hält das AVMZ eine hauseigene Fernsehleitung in einen Nachbarhörsaal bereit. Auch der Studiengang Musikwissenschaft hat am gleichen Tag Premiere. Zur Einführung des Studienganges an der GH spricht Prof. Dr. Arno Forchert um 15 Uhr c.t. im Hörsaal C1 über: 'Klassisch und romantisch in der Musikkultur des frühen 19. Jahrhunderts'.

Auch wenn der Raum knapp wird, könnte mehr Andrang nur gut sein. Wenn Musik an der Hochschule auch Bereicherung des Kulturlebens in der Region sein will, bedarf es engagierter Freunde. Die Einladung, in einem Förderkreis für "Das Hochschulkonzert" mitzuarbeiten, ist ausgesprochen. Näheres bei Frau Sonnenrein, Tel. 602538.

Programm

Robert Schumann
1810 - 1856

Kreisleriana, op. 16

Wolfgang Fortner
geb. 1907

Sieben Epigramme, 1961

Frédéric Chopin
1810 - 1849

24 Préludes, op. 28

Solistin: Edith Picht-Axenfeld, Freiburg

1. Februar 1978, 20.00 Uhr, im Hörsaal C 1

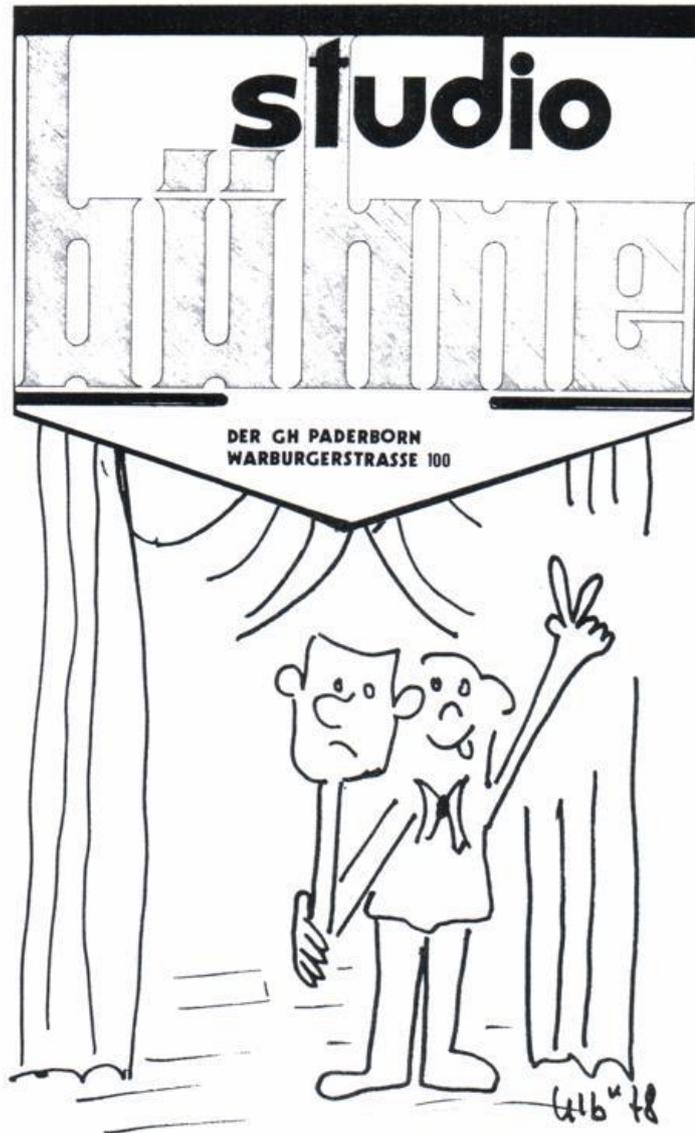
Gute Bekannte auf neuer Bühne

Diener zweier Häuser waren sie lang genug, die Mimen, Requisiteure und Regisseure der Studiobühne der GH. In Paderborn längst liebgewonnene Institution, mußte man sich behelfen. Der Umzug in den Campus letzten Jahres brachte zwar die räumliche Nähe zum Mitstreiter vom anderen Fachbereich, Aufführungen indes - und dafür lebt schließlich jeder, dem die Bretter die Welt bedeuten - gab es nur im alten Domizil am

Fürstenweg. Mit dem "Diener zweier Herren" von Carlo Goldoni, führt die Studiobühne zugleich die neue Heimstatt im Campus an der Warburger Straße 100 vor.

Von Samstag bis Samstag wird gezeigt, daß man nicht untätig war. Lessings Minna von Barnhelm (Dienstag) und Hochschulsatirisches zum Stichwort "O Alma mater" (Donnerstag) stehen neben zwei Goldoni-Aufführungen

(Samstag und Montag). Auch zwei
Premieren zieren die Eröffnungs-
woche: Molières "Les precieuses
ridicules" (Mittwoch) und Mrozek's
"Die Polizei" (Samstag, den 4.2.).



Tardieu's "Kammertheater" (Freitag)
rundet das Programm ab. Beginn je-
weils 20 Uhr, Karten können über
Tel.: 602891 vorbestellt werden.

Nicht nur die Freude am Theatralischen bestimmt die Arbeit der Studiobühne. Neben etlichen Erfolgserlebnissen als Lohn für Engagement und hohes Einfühlungsvermögen bringt die Arbeit an der Studiobühne den Studentinnen und Studenten ein weiteres; sozusagen als gewollten Nebeneffekt: die lebhafteste Umsetzung papierner Vorlagen und zugleich Schulung von Stimme und Ausdruckskraft (wer hat schließlich später etwas von einem Lehrer, der über die zweite Reihe hinaus nicht mehr zu verstehen ist). Freilich nehmen nicht nur angehende Pädagogen die Chance wahr, die Schauspielertruppe um Dr. Wolfgang Kühnhold rekrutiert sich aus allen Fachbereichen.

Müllwerkerfestival in der Cafeteria

Mühl' sche Aktionisten - so scheint's mitunter - haben die Mittagskünstler in der Cafeteria inspiriert. Stilleben von unnachahmlicher Einprägbarkeit zieren dort nach mittäglicher Stoßzeit Tische und Bänke. Kippen, Pappbecher, Reste aller Art türmen sich zuhauf, wo wenige Stunden zuvor frisch Gereinigtes zu appetitlichem Verweil einlud. Abgesehen davon, daß die hinterlassene Müllhalde nur dem zur Freude gereicht, dem es ohnehin schon schlecht ist (oder allenfalls noch Hungerkünstlern und Diätbeflissenen) - allen Ernstes wird erwogen, die Preise drastisch anzuheben, um aus den Überschüssen Putzkräfte einzustellen. Auch wenn' banal klingt : selbst wegräumen ist billiger !!

täglich!

Die Betriebe bedienen sich eines weitgefächerten Arsenal personalpolitischer Instrumente, um diese Zielsetzung zu erreichen. Ein zentrales Mittel ist die umfassende Hierarchisierung aller Beschäftigungsverhältnisse. Im Bereich der Stammebelegschaften wird so dringend benötigte Betriebsloyalität durch individuell steuerbare Aufstiegschancen (Lohn- bzw. Gehaltsgruppen, Funktionen, Arbeitsinhalte, Weisungsbefugnis) erzeugt, gegenüber den Randbelegschaften dagegen uno actu ein wirksames Kontrollinstrument ausgebildet. Hinzu tritt definitionsgemäß weitgehende Arbeitsplatzsicherheit auf der einen, stark reduzierte (nämlich auf Prosperitätsphasen beschränkte) auf der anderen Seite.

Die Auswahl der Beschäftigten und ihre Einweisung in stabile und instabile Arbeitsverhältnisse kann entweder von den Personalabteilungen allein oder - soweit mitbestimmte Personalplanung vorhanden - unter Mitwirkung des Betriebsrats gesteuert werden. In beiden Fällen ist das Ergebnis aus hier nicht darzulegenden Eigenheiten der Klientelbeziehung zwischen Belegschaft und Betriebsrat ähnlich: Beschäftigte, die das öffentliche (Vor-)urteil zu den Randgruppen rechnet (z.B. gering Qualifizierte, Ausländer) verbleiben überwiegend ohnehin in der Randbelegschaft, während von den übrigen - unter der Voraussetzung, daß überhaupt Bedarf vorhanden ist - nur diejenigen Beschäftigten Arbeitsplätze der Stammebelegschaft erreichen, die sich dem betrieblichen Normensystem anpassen. Die alternative individuelle Konsequenz dieser Beschäftigungspolitik bei den Arbeitskräften ist Resignation auf der einen, Konkurrenz- und Anpassungsdruck auf der anderen Seite; so oder so sind hohe soziale und volkswirtschaftliche Aufwendungen die Folge solcher einzelwirtschaftlichen Kostenminimierung.

III

Das Hochschulrahmengesetz, noch darüber hinausgehend der Referentenentwurf des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen, lassen nahezu identische Strategien nun nicht privatkapitalistischer, sondern staatlicher Beschäftigungspolitik im Bereich des wissenschaftlichen Hochschulpersonals erkennen.

Es gibt die Stammebelegschaft - ganz überwiegend Professoren mit Beschäftigungsverhältnissen auf Lebenszeit - sowie die mobile Flexibilitätsreserve der Randbelegschaft - der größte Teil des Mittelbaus mit zeitlich befristeten Beamten- oder Angestelltenverträgen. Die wachsende Hierarchisierung durch Aufsplitterung der Gruppen fehlt ebensowenig wie die rigide Kontrolle der Beschäftigten ohne längerfristige Arbeitsplatzsicherheit (grundsätzliche Weisungsgebundenheit der wissenschaftlichen Mitarbeiter). Die Festsetzung der Auswahlkriterien für die Zuweisung zur Stamm- bzw. Randbelegschaft bei der Einstellung wird noch mehr als bisher aus dem mitbestimmten Bereich der Hochschule zum souverän entscheidenden Dienstherrn übertragen. Ähnliches ist für die Steuerung der Chancen, vom instabilen in den stabilen Teil zu gelangen, vorgesehen - z. B. bei Habilitation und Berufung.

Die Parallelen zwischen privatwirtschaftlicher und staatlicher Beschäftigungspolitik sind deutlich genug. Daß hier nicht der blinde Zufall waltet, sondern ein entsprechendes Selbstverständnis, geht zum Beispiel aus Äußerungen der verantwortlichen Bildungspolitikern wie der eingangs zitierten hervor.

IV

Die wichtigsten offiziellen Begründungen für die skizzierte administrative Personalpolitik lassen sich in zwei Argumente zusammenfassen.

1. Das erste vielzitierte Argument bezieht sich auf die Effizienz von Forschung und Lehre. Eine Rotation der Stelleninhaber fördere die Konkurrenz, mithin den Leistungswillen und deshalb die Qualität der an den Hochschulen betriebenen Ausbildung und Forschung. Hingegen führe "eine Veränderung des Verhältnisses von Zeit- und Dauerkräften zugunsten der letzteren binnen kurzem zu einer vollständigen Verholzung (!) der Personalstruktur, zur Anpassungsunfähigkeit der Hochschulen an neuere Entwicklungen und jedenfalls auf längere Sicht zu einem Qualitätsverlust in Forschung und Lehre" (Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur Neugestaltung der Personalstruktur vom 11.11.1977, S.24). Diese Feststellungen verstehen sich offenbar von selbst; jedenfalls gibt der Wissenschaftsrat keine Begründung dafür.

Angesichts der oben beschriebenen faktisch beabsichtigten Personalpolitik, angesichts auch des expliziten Votums des Wissenschaftsrats für Zeitverträge trotz deren nicht einmal geleugneter sozialer Problematik¹⁾ scheint es müßig, an die soziale Verpflichtung des Dienstherrn zu erinnern.

Zu prüfen ist vielmehr das Argument, die Funktionsfähigkeit der Hochschulen sei durch unbefristete Arbeitsverträge für das Personal des Mittelbaus bedroht.

- a) Dem Votum für befristete Verträge liegt offenbar die mißtrauische Vorstellung zugrunde, das Mittelbaupersonal sei mittels dieses Instruments zu "Qualitätsarbeit" zu veranlassen, wohingegen der Leistungswille abschlafe und der Niedergang der Qualität von Forschung und Lehre unvermeidbar sei, wenn unbefristete Verträge eine relative Arbeitsplatzsicherheit begründeten. "Ein voller Bauch studiert nicht gern" - das wußten schließlich schon die Lateiner. Wenn dies Argument richtig wäre, müßte es auf alle unbefristeten Verträge anwendbar sein, am meisten auf Lebenszeitverträge.

1) "Bei Abwägung zwischen den sozialen Belangen einerseits und den Erfordernissen der Hochschule, ..., muß sich der Wissenschaftsrat für die Funktionsfähigkeit der Hochschule entscheiden." Ebenda, S.26.

Tatsächlich aber erfordert eine qualitativ befriedigende Tätigkeit des wissenschaftlichen Hochschulpersonals die permanente Aus- und Weiterbildung. Es gibt keine durch formale Kriterien meßbare Qualifikationsstufe, von der ab etwa die "Ausbildung" abgeschlossen und mithin ein Dauerarbeitsplatz im Sinne der o.a. Argumentation gerechtfertigt ist. Vielmehr muß jeder Lehrende seinen Kenntnisstand permanent durch Forschung (bzw. durch Aktualisierung der Praxiskenntnis - GHS) erweitern, wenn nicht die Qualität der Lehre leiden soll. Deshalb geht der Mittelbau seit je von der Unteilbarkeit von Lehre und Forschung aus.

- b) Die Existenz hierarchischer Beschäftigungsverhältnisse scheint immer wieder den Blick dafür zu verstellen, daß Leistungswille und Qualität sich nicht im Rahmen rigider Kontrolle und Arbeitsplatzangst, sondern vielmehr durch positives Bekenntnis zu weitgehend selbst- bzw. mitbestimmten Aufgaben, durch zwangfreie Identifikation mit Beruf und Arbeitsinhalt optimal realisieren. Dabei bleibt "eine Kündigung aufgrund mangelnder Qualifikation und Leistung unbenommen". (LAK NRW, Stellungnahme zur Personalstruktur vom 8.10.1977, S.2).
2. Das zweite Argument, das sich der Analogie von Wirtschafts- und Hochschulentwicklung bedient, läßt sich so zusammenfassen: "Der Staat verwaltet Steuergelder, deren Umfang an den Wirtschaftsverlauf gekoppelt ist. Er muß sie sparsam einsetzen." Dies ist zweifellos richtig; jeder Steuerzahler stimmt diesem Argument uneingeschränkt zu. Nur werden im vorliegenden Zusammenhang die falschen Schlußfolgerungen daraus gezogen.
- a) Die Einführung unbefristeter Arbeitsverträge als Regelverträge bedeutet nicht als solche die Ausweitung der Kosten für das wissenschaftliche Hochschulpersonal. Diese würde erst als Folge von Stellenvermehrungen auftreten; ob sie gewollt sind oder nicht, wäre im Rahmen eines Bildungsgesamtplans politisch zu entscheiden. Eine gesamtgesellschaftlich vernünftige und ausreichende Flexibilität der Steuerung des Personalstellenumfangs bliebe in jedem Falle durch natürliche (Alter, Krankheit) und freiwillige Mobilität bestehen.
- b) Im Gegensatz zum Einzelunternehmer, für den es gemessen an seinem Gewinnerzielungsinteresse "rational" ist, möglichst viele Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen (Arbeitslosigkeit etc.), vertritt die staatliche Administration das gesamtgesellschaftliche Interesse. Sie muß demnach stets die gesamtgesellschaftlichen Kosten ihrer Maßnahmen im Auge behalten und handelt grundfalsch, wenn sie wie die kapitalistische Firma agiert. Sparsam sein heißt keineswegs, möglichst wenig auszuge-

ben, sondern ein günstiges Verhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen herzustellen. Diese Zielsetzung ist bei ausschließlicher Fixierung auf die Ausgabenseite, die Höhe der verausgabten monetären Beträge, nicht zu realisieren.

Unterstellt, die Spaltung des wissenschaftlichen Hochschulpersonals in eine stabile Stammebelegschaft und flexible Mobilitätsreserve der Randbelegschaft minimiere die Personalausgaben, so steht dieser Strategie auf der anderen Seite massive Vergeudung gegenüber. Erzwungene Mobilität qualifizierten Hochschulpersonals bedeutet in fast allen Fällen - ökonomisch gesprochen - Verlust gesellschaftlichen "Humankapitals". "Die Ausbildungsanteile an der Tätigkeit des Assistenten verursachen beträchtliche Kosten, die durch gesellschaftliche Arbeit getragen werden und darum auch entsprechend konsequent für die Gesellschaft nutzbar umgesetzt werden müssen. Die Ausbildung zum Hochschullehrer ist jedoch nur an der Hochschule produktiv einzusetzen; denn die in der Arbeit in Forschung und Lehre erworbene Leistungsfähigkeit kann von einem anderen Arbeitgeber nur - in unterschiedlichem Grad - bedingt und partiell genutzt werden.

Die gegenwärtig geübte Praxis der eingeplanten oder zumindest hingenommenen Arbeitslosigkeit bedeutet mithin nicht nur - wie eine engere volkswirtschaftliche Sicht immerhin zu Recht beurteilt - eine wirtschaftlich inakzeptable Verschwendung von Leistungspotential, sondern - in einer grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen Perspektive - die Vernichtung menschlicher Arbeitskraft oder kategorial allgemeiner gefaßt: von gesellschaftlichen Produktivkräften. ... Es kann aber nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, und schon gar nicht in dem des Einzelnen selbst, wenn auf diese Weise unentwegt zwar qualifizierte, aber dann auch arbeitslose Wissenschaftler produziert werden." (Zur Lage der wissenschaftlichen Assistenten in Niedersachsen, GEW-Sonderdienst 14/77, S. 10f.). Prinzipiell Ähnliches gilt für fast alle weiteren Mittelbauangehörigen.

- c) Darüber hinaus kann die Ausrichtung staatlicher Beschäftigungspolitik an einzelwirtschaftlichen Strategien im Hochschulbereich nicht hingenommen werden. In der kapitalistischen Firma sind alle gesellschaftlichen Wirkungen (Umfang der Produktion und der Beschäftigung im besonderen) dem Gewinnerzielungsinteresse untergeordnet, sind nicht Zielgrößen selbst, sondern Instrumentvariable. Dies gilt grundsätzlich nicht für gesellschaftliche Aufgabenstellungen.

Soll etwa je nach Konjunkturlage Qualität und Umfang von Forschung und Lehre wechseln?¹⁾ Einmal abgesehen von der massiv prozyklischen Wirkung der intendierten Beschäftigungspolitik: Sie hat sich allein an bildungspolitischen Zielsetzungen, die im Rahmen eines Bildungsgesamtplans aufzustellen und zu spezifizieren sind, auszurichten. Dies schließt nicht aus, finanzpolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen (vgl. oben a).

Der Ausbau der Hochschulen erfolgte ja nicht als Resultate einer kurzfristig günstigen Wirtschaftslage, sondern mit dem Ziele, steigenden Bildungsbedürfnissen und gleichzeitig wachsenden Bildungsanforderungen des Wirtschaftssystems, dessen weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern ist, zu entsprechen. Diese Zielsetzung besteht nach Bekundungen von Bundes- und Landesregierungen nach wie vor, an ihr hat sich auch die Beschäftigungspolitik im Hochschulbereich auszurichten.

V

Vor dem Hintergrund dieser Argumente und Überlegungen nimmt sich das Verhalten der staatlichen Administration in seiner beschäftigungspolitischen Betriebsblindheit aus wie das einer beliebigen kapitalistischen Firma. Hier wie dort werden unter Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Auswirkungen Strategien entworfen, die gleichzeitig Ausgabenposten klein halten und Kontrolle effektivieren sollen. Nur: Innerhalb des Einzelbetriebes hat das seine immanente Logik, was man für die staatliche Personalpolitik ernsthaft nicht behaupten kann. Wenn trotz der schon bisher geübten beschäftigungspolitischen Praxis Forschung und Lehre, soweit das überhaupt meßbar ist, noch funktionieren, zeugt das von nichts anderem als der Widerstandsfähigkeit der Hochschulen, die ihre Aufgaben auch unter widrigsten Bedingungen ernst nehmen. Es steht allerdings zu erwarten, daß die neuen Regelungen des Landeshochschulgesetzes dies endlich durchschlagend ändern.

Ist solches von der staatlichen Bildungs- und Personalpolitik intendiert? Sicher will das niemand unterstellen. Das macht diese aber um so rätselhafter; denn die beschäftigungspolitischen Mechanismen, wie sie hier dargestellt wurden, können den Verantwortlichen bei verantwortlichem Handeln einfach nicht unbekannt sein. Des Rätsels nicht akzeptable Lösung läge ganz woanders: Politsoziologen behaupten schon lange, dieser Art von Beschäftigungspolitik liege vielmehr ein öffentlich nie genannten Motiv zugrunde, nämlich das 'Herrschaftsmotiv'. Dies sei wiederum nicht Zweck an sich, sondern Teil eines Prozesses, in dem das politische System auf wachsende Loyalitäts- und Legitimationsprobleme mit dem Ausbau hierarchischer Kontrolle und zunehmender administrativer Zentralisierung reagiere.

1) Variiert z.B. im Ministerium für Wissenschaft und Forschung der Stellenumfang entsprechend der Konjunkturlage statt in Abhängigkeit von Problemstellungen und Aufgaben der Wissenschafts- und Forschungsverwaltung?

Diesem Erklärungsversuch können wir uns natürlich ebenso wenig anschließen wie den übrigen: Als schlichte und loyale Gemüter glauben wir so etwas einfach nicht und sind uns mit den verantwortlichen Politikern da sicher völlig einig. Warum auch nicht? Die Diskussion des LHG-Entwurfs und dessen grundsätzliche Umstrukturierung zu einem brauchbaren Gesetz wird das ganz gewiß beweisen. Oder hat da irgend jemand Zweifel?

Arbeitsausschuß
der Vereinigung Wissenschaftl.Mit-
arbeiter der GH Paderborn
Brandes, Hendel, Meyer-Krentler



Aus dem Nähkästchen geplaudert

Gute Chancen beim Bürger schneller bekannt zu werden als in der Hochschule hat das AVMZ (Audio-visuelle Medien Zentrum). Während im Hochschulsprachgebrauch Dreher und Kürzel (Wo geht's zum AVMZ - ach so zum AVZ) noch Unkenntnis signalisieren, finden Besuchergruppen zunehmend heftigen Gefallen am Service des Hochschulinternen Fernsehens. Doppelter Effekt: Wenn zu Bürger's Feierabendzeit die Hochschule verwaist ist, ist hier immer noch einiges zu präsentieren - und ohne große Worte läßt sich vermitteln, daß die Gesamthochschule nicht nur in Paderborn, sondern auch in Höxter, Soest und Meschede stattfindet - dank einiger Gemeinschaftsproduktionen von AVMZ und Pressestelle. Dr. Jürgen Sievert und Herbert Kania: "Praxis läßt sich per Vidio schließlich nicht nur für didaktische Zwecke in den Campus holen."



Gelinde Verblüffung über Umfang, Ausstattung und Funktion der Haustechnik registriert Reiner Jakobs, technischer Leiter des TVZ, bei nämlichen Besuchern - vom Abgeordneten bis zur Ärzteschaft. Was da zu bestaunen ist, ist denn auch kein Pappenstil, immerhin stecken 30 - 40% der Bausumme des Campus in Anlagen, die das Leben hier angenehm machen. Reiner Jakobs: "Normalerweise wird die Haustechnik erst dann bemerkt, wenn kurzfristig mal ein Heizkörper nicht voll auf Dampf ist." - Wie überall im Campus: Perfektion ist selbstverständlich.

Peter Funken, Wiss. Ass. im Fachbereich 3, hat neuerdings noch mehr Respekt vor seinem Chef, mutmaßend dieser sei

S 30

"radioaktiv". Der Grund für hektisches Interesse bei Rundfunk, Zeitungen und Agenturen gegenüber sprachwissenschaftlichem Forschen in Paderborn: Prof. Dr. Broder Carstensen hat dem Volk auf's Maul geschaut und dabei das 'Wort des Jahres' aufgespürt. 'Szene' ist's.

studio

DER GH PADERBORN
WARBURGERSTRASSE 100

EINTRITTSPREIS 3,- DM, Schüler & Studenten 2,- DM
BEGINN 20 Uhr
VORBESTELLUNG Tel. 0028 91

1971 31

PERSPEKTIVEN IN SCHLAGZEILEN UND BERICHTEN
- aus der Regionalpresse -

Gründungsrektor Prof. Buttlers Bericht:

Optimismus mit einem Unterton von Bitterkeit

Neujahrsempfang betont Offenheit der Hochschule

Neujahrsempfang der GHS

Symbol für die Offenheit der Gesamthochschule

Gemeinsame Lösungen erarbeiten

Neujahrsempfang: Thema Studienreform

Offenheit der Gesamthochschule betont |

Bildungsangebot von regionaler Dimension

Gesamthochschule: Prinzip der Offenheit

Gestern erfolgte Umstellung auf automatische Datenverarbeitung

Schnelligkeit durch „lange Leitung“ in der Paderborner Hochschulbibliothek

Paderborn. 100 Kilometer sind zu überbrücken von den neuen automatisierten Buchungsplätzen der Gesamthochschulbibliothek bis zum Rechenzentrum der Uni Bochum. Gerade mit der neuen „langen Leitung“ wird die Bibliothek noch benutzerfreundlicher und vor allem schneller. Nutznießer des erhöhten Service sind nicht nur Studenten und Professoren, sondern über die aktive Zusammenarbeit mit der städtischen Bibliothek auch Paderborner Bürger. Nötig wurde die Umstellung auf automatische Datenverarbeitung durch den emsigen Studienbetrieb der Paderborner Studenten. 270 000 Bände passierten im Jahre 1976 die Ausleihe, 1977 waren es bereits 420 000.

Bei herkömmlichen Ausleihverfahren muß der Benutzer Leihschein ausfüllen, bei Verlängerungen Scheine umschreiben und hat überdies bei Fristübertretungen oder ähnlichem selbst keine Belege in Händen. Um andererseits die verschiedenen Zettelkarteien auf dem laufenden zu halten, wird etliches an Arbeitskraft gebunden. Im vergangenen Jahr waren allein acht Mitarbeiter der Bibliothek für Ordnungsarbeiten an den Karteien eingesetzt.

Zum neuen Jahr ist dies ein Kapitel Vergangenheit, und im neuen Campus an der Warburger Straße ist wieder ein Hauch Zukunft mehr präsent.

Vier Computerplätze — im Fachjargon Terminals genannt — mit Kontrollbildschirmen und Lichtgriffeln erleichtern Benutzern und Angestellten das Leben. Passend zu der elektronischen

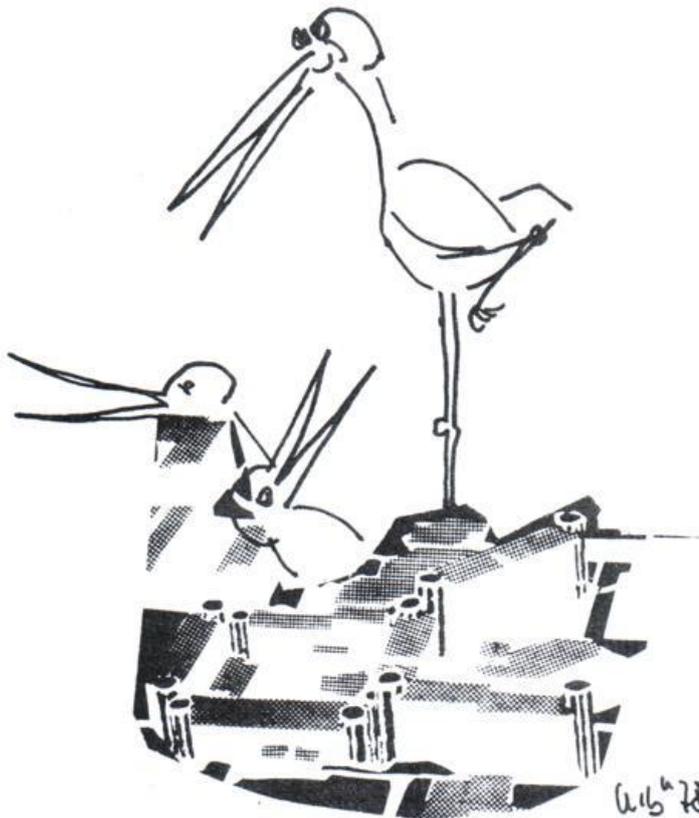
Anlage werden computerlesbare Etiketten und neue Benutzerausweise eingeführt. Bei jedem Ausleihvorgang tastet dann der Lichtgriffel Benutzerdaten und Buchkennzeichen ab, die Buchung ist in Windeseile abgewickelt, der Benutzer hat das zeitaufwendige Ausfüllen der Leihschein gespart und bekommt einen Fristendruck.

Überdies wertet die Anlage auch noch das „Tagesgeschäft“ aus. Täglich neu informieren so aktuelle Listen, welche Bücher ausgeliehen sind, wann sie zurückgegeben werden und wie oft sie im Zweifelsfall schon vorgemerkt sind. Damit ist eine exakte Planung der Arbeitsvorhaben erheblich erleichtert.

Noch eines bewirkt die neue Anlage indirekt. Die Bibliotheksmitarbeiter,

die bislang zeitraubend per Hand die Buchungen des Leihverkehrs dirigierten, können demnächst für eine Verlängerung der Leihzeiten eingesetzt werden. Bis dahin wird noch einiges an Übergangsarbeiten anfallen. Das neue System ist gut, doch noch sind nicht alle Bücher mit maschinenlesbaren Etiketten ausgerüstet. 60 Prozent der ausleihbaren Literatur ist bereits umgerüstet, der Rest wird noch einige Zeit konventionell ausgegeben.

Mit diesem System ist die Gesamthochschule zur Abwechslung mal nicht in der Rolle des Testpiloten — im Gegensatz zu den Telefon- und Küchentransportsystemen, die hier ihre Europapremiere hatten. Kanzler Ulrich Hintze: „Wir können wohl ohne eigene Anlaufschwierigkeiten an die Erfahrungen in Bochum anknüpfen.“



Storch

Die Bürger unseres Landes nehmen langsam ab. Nicht an Gewicht, sondern an Zahl. Nur Paderborn tanzt bei den Großstädten aus der Reihe. Dafür sorgen vornehmlich die Studenten: Sie sind auf diesem Gebiet zwar nicht aktiver als ihre unakademischen Altersgenossen, doch ihre Zahl wächst ungehemmt, solange die Uni-Kapazität dies zuläßt. Trotzdem gerät das von den Stadtplanern für die Jahrtausendwende angepeilte Ziel ins Wanken. Doch wir sind immer noch ziemlich viele: Am 1. Juni 1977 waren es 111 511.

In dieser Situation erreicht uns eine hoffnungsvolle Meldung aus Eisen. Dort haben Leser gestern morgen gegen 8 Uhr einen Storch gesichtet, der ruhig seine Bahn zog. Ein Storch im Winter? Störche pflegen Ende August bis Mitte September in den warmen Süden zu entfliegen. Was macht dieser noch hier?

Vermutlich ist es ein extra für Paderborn abgestellter Sonderstorch, der die Bevölkerungsstatistik im Auge behalten soll.

w v 19.1.

Das Bild vom bösen Chef

Paderborn. Das Bild vom bösen Chef, der die Geschicke der Mitarbeiter seines Betriebes nach unerforschlichem Ratschluß leitet, wurde gründlich revidiert. Rund dreihundert Praktiker aus dem Wirtschaftsleben, Professoren und Studenten diskutierten am Donnerstag in der Gesamthochschule Führungsprobleme.

„Betriebswirtschaftslehre als Führungslehre“, zuvor vorgetragen von Prof. Dr. Werner Kirsch, Uni München, erwies sich als so zugkräftiges Thema, daß der größte Hörsaal der GH gerade ausreichte, Hörer und Diskutanten zu fassen.

Seit zehn Jahren, so zog Prof. Kirsch einen Wandel der wissenschaftlichen Sicht nach, bestimmte zunehmend auch das menschliche Verhalten in Betrieb und Organisation die Diskussion neben den klassischen Positionen Finanzierungs- und Absatzfragen. Damit gewinnen auch Erkenntnisse aus Nachbarwissenschaften wie Psychologie, Soziologie oder Politikwissenschaft für die Arbeit in der Betriebswirtschaftslehre an Bedeutung.

Nach Kirschs Auffassung sei zudem Betriebswirtschaftslehre nicht so sehr Lehre von der Führung, sondern für die Führung. So gesehen sei moderne Managementlehre auch nicht einseitig an bestimmten Interessen ausgerichtet.

Nicht nur akademische Dimensionen zeigten sich in der Diskussion, die das Bemühen der Gesamthochschule um mehr Verknüpfung von Theorie und Praxis aktuell verstärkte. Die aktuelle Diskussion im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften mit Vertretern der wirtschaftlichen Praxis und auch auswärtigen Wissenschaftlern wird fortgesetzt. Der nächste Termin: Donnerstag, 26. Januar, 13 Uhr im Hörsaal H 5.203 der GH.

Nebenbei

Nicht nur in der Mode sind alte Hüte schnell von gestern. Offensichtlich gilt das auch für den Sprachschatz. Da sind plötzlich Wörter in aller Munde, werden von den Medien aufgegriffen und machen um so schneller die Runde. Das erstaunliche daran ist, kaum einer merkt's, wenn plötzlich jedermanns — und auch die eigenen Sprüche um hochaktuelle Vokabeln angereichert sind. Die sprachliche „Hit-Liste“ des Jahres 1977 hat Prof. Dr. Broder Carstensen an der Gesamthochschule Paderborn durchforstet. Über die Ergebnisse seiner Arbeit berichtete er jetzt auf einer Veranstaltung der Paderborner Volkshochschule.

„Szene“ — sei es als Paderborner, Hamburger, Münchener, Berliner oder Bonner Szene — macüte dabei das Rennen. In Politik, Kultur oder Lokalstolz war Szene das gebräuchlichste Wort, den Ereignissen des Jahres folgend indes auch bei Tagesaktualitäten.

Das Wort von der „Terror“- oder „Terroristszene“ prägte sich fast über Nacht und hatte Bestand. Dem gleichen Bereich wurde der „Sympathisant“ zugeordnet, der ebenfalls schnell in aller Munde war.

Doch auch „Lauschangriffe“, Diskussionen um „Entsorgung“ oder „Berstschutz“ bzw. „Berstsicherung“ erhitzen die Gemüter und fanden ihren sprachlichen Niederschlag.

Während im Nachbarland Frankreich qua Gesetz Wortgut von außerhalb eingedämmt werden soll, sind die dort anstößigen „Spaghetti“, „Beefsteak“, „Toast“, „Sandwich“ oder „Blue Jeans“ hierzulande schon alte Bekannte.

Nicht nur mit Finger am Puls der Zeit, sondern auch mit (sprach)wissenschaftlicher Akribie hat sich Prof. Carstensen der neuen Schlagwörter angenommen.

NOCH 10 PLÄTZE FREI FÜR EINE SKI-FREIZEIT IM WALLIS/SCHWEIZ
VOM 11.3. - 24.3.!!! FÜR 390,- DM (ca.) SIND S I E DABEI!
ANMELDUNGEN BEI DIETER THIELE. H5 137 ODER TEL. 602919.
GESORGT IST FÜR ANFÄNGER UND FORTGESCHRITTENE - OFFEN FÜR
ALLE HOCHSCHULANGEHÖRIGE N.



Böses Erwachen für Bibliotheksbenutzer, die im Vertrauen in ihre Mitmenschen Taschen schlicht abstellen, um Mäntel wegzuhängen oder gerade kurz ein Buch zurückzugeben! Buchstäblich im Handumdrehen sind schon Taschen verschwunden, um sich geplündert in Toiletten oder Fluren wiederzufinden. Taschen also unbedingt - auch für wenige Minuten - unter Verschluss bringen! Schließfächer gibt es nicht nur am Haupteingang, sondern auch hinter der Bibliothek.

Anglophoner Künstler gesucht

Wer schon immer Historienschenken liebte und einen sicheren Pinselstrich führen kann, hat Gelegenheit sich an einem Wandgemälde auszutoben. Ein britisches Traditionsregiment in Paderborn sucht Künstler zur Ausgestaltung des Kasinos (nach Postkartenvorlage). Näheres in der Pressestelle Tel. 602563 .